

Human Rights Talk

LEBENSCHUTZ IN DEUTSCHLAND, EUROPA UND DER WELT

Menschen werden verzweckt und trotzdem: Familie und Kinder sind wieder in

Nützlichkeitsdenken und Optimierungswahn machen vor dem Menschen nicht Halt. Das Menschenrecht auf Leben ist ständig in Gefahr. Dabei gibt es gegenläufige Tendenzen in der jungen Generation, wo Familie und das JA zum Kind wieder hoch im Kurs stehen, erläuterte Mechthild Löhr in ihrer Dankesrede zur Preisverleihung des Stiftungspreises 2020 der STIFTUNG JA ZUM LEBEN.

Von Mechthild Löhr



Mechthild Löhr: Seit über 20 Jahren engagierte Menschenrechtsaktivistin

In den vergangenen Jahrzehnten sind die Herausforderungen und Gefahren, die uns gemeinsam im Lebensschutz antreiben, nicht weniger geworden. Im Gegenteil! Die Angriffe auf das unbedingte Recht auf Leben nehmen zu, sowohl am Lebensanfang wie am Lebensende. Insbesondere möchte ich drei grundsätzliche Herausforderungen benennen, die das menschliche Leben heute weithin willkürlich verfügbar machen und gefährden und denen wir uns gerade als Christen stellen müssen.

- Ein wachsender, radikaler Individualismus, der die vermeintliche Autonomie des Einzelnen absolut setzt.

- Der zunehmend rücksichtslose Utilitarismus, der das Kriterium von Nutzen und Nützlichkeit sogar an das Leben von Menschen anlegt und jeden Einzelnen danach bewertet und selektieren will.

- Ein immer präsenter werdender Transhumanismus, der die gezielte „Optimierung“ des Menschen, seine genetische Veränderung und Weiterentwicklung zum Ziel wissenschaftlicher, medizinischer und technologischer Entwicklung anstrebt.

Alle drei ideologischen Strömungen prägen das Denken in unserer Gesellschaft bereits stark. Immer deutlicher wurde in

den vergangenen Jahrzehnten, dass, wenn das Recht auf Leben missachtet, ignoriert oder abgelehnt wird, bald auch weitere elementare Menschen- und Grundrechte ins Rutschen kommen. Wir können diesen Zusammenhang weltweit schon beobachten: sowohl bei der Meinungs- und Redefreiheit, bei Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, der Presse- und Gewissensfreiheit, bei der Freiheit der Berufswahl wie auch bei der Religionsfreiheit. Ich möchte es einmal in aller Klarheit so ausdrücken: Wir alle sind Zeugen eines entschlossenen weltweiten Krieges des Menschen gegen sich selbst, gegen Gott, gegen die eigenen Kinder und gegen die eigene Zukunft.

Aber wir alle wären heute nicht hier, wenn wir nicht als Christen und Bürger dieses Landes davon überzeugt wären, dass wir eine ganz persönliche Verantwortung für eine lebensbejahende Zukunft tragen. Gemeinsam trägt und verbindet uns die Begeisterung und Überzeugung, dass es nichts Wichtigeres und Wertvolleres gibt, als jedes Leben zu achten, zu schützen und mehr Menschen und neue Mehrheiten dafür Schritt für Schritt wieder zu gewinnen. Ich empfinde dies als zutiefst christliche Pflicht, als Freude und als Auftrag für uns alle.

Dafür gibt es neue, ermutigende Anzeichen, drei will ich kurz anführen:

- Langsam aber stetig wächst die Überzeugung, dass es zukünftig nicht etwa nur um den Schutz der Ökologie gehen kann, sondern dass eine neue „Ökologie des Menschen“ beachtet werden muss. Wer die Umwelt schützen will, darf auch nicht länger zu dem Unrecht der Tötung von Ungeborenen und Kranken schweigen!
- Familie und das JA zum Kind stehen deutlich an der Spitze der Lebenswünsche und Lebensideale junger Menschen. Die Zahl der Eheschließungen steigt und die der Scheidungen sinkt seit Jahren.
- Wir sind als Christen Menschen der Hoffnung und Freude. Dies wird sichtbar, wenn wir konkret für eine starke „Kultur des Lebens“ und für die Würde jedes Menschen von der Zeugung bis zum natürlichen Tod eintreten. Ja, wir lieben das Leben! Wir alle spüren eine Mitverantwortung für die Schaffung einer neuen „Kultur des Lebens“, die unseren eigenen Einsatz fordert. Dabei sind wir nie allein unterwegs. Wir wissen, was unsere Arbeit so sinnvoll und kostbar macht: Jeder ist kostbar und einzigartig. Wir dürfen weiter dazu beitragen, dass Menschen jetzt und in Zukunft tatsächlich leben dürfen, willkommen und angenommen sind, bedingungslos. Weil sie immer einer von uns sind, mit gleichen Rechten, gleicher Würde.

Die Einstellung der Deutschen verändert sich: immer weniger wollen Abtreibungen

Dass sich die Einstellung der Bevölkerung in Deutschland zu Schwangerschaftsabbrüchen eines Tages ändern wird, ist nach Auffassung vieler nur eine Frage der Zeit. Eine aktuelle sozialwissenschaftliche Studie hat jetzt erstmals bestätigt, dass sich das Meinungsbild in Deutschland tatsächlich schon jetzt sehr zu Ungunsten der Abtreibung verschoben hat.

Von Rainer Klawki

Die Erhebungen aus einer Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) setzt bei der deutschen Wiedervereinigung an. Seither, so das zentrale Ergebnis der Forschungen von Franz Hanschmidt und Kollegen an der Universität Leipzig, sahen viele das Abtreibungsgeschehen immer kritischer.* Die Zahl der Personen, die den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen einschränken wollten, sei seitdem in West- und Ostdeutschland angestiegen.

Die Psychologen ermittelten in ihrer Untersuchung, dass 1992 acht von zehn Ostdeutsche der Auffassung waren, dass es einen unbeschränkten Zugang zur Abtreibung geben solle – im Jahr 2012 waren es nur noch 55 Prozent. In Westdeutschland sah die Tendenz ähnlich aus: Für einen uneingeschränkten Zugang sprach sich nur 30 Prozent im gleichen Zeitraum aus.

Die Forscher halten fest, dass in der DDR der Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche als legal galt. Im wiedervereinigten Deutschland regelte dann ein gemeinsames Gesetz, dass Abbrüche in den ersten drei Monaten nach einem Beratungsgespräch

erlaubt waren. Als Erklärung für den beobachteten Meinungswandel zu Ungunsten der Abtreibung mutmaßen die Forscher eine Kriminalisierung von Abtreibung und Ärzten, die diese vornehmen. Diese Vermutung ist vor dem Hintergrund eines immer schlechteren (gesetzlichen) Schutzes von Ungeborenen jedoch so nicht haltbar.

Grundlage der Untersuchung war die allgemeine, repräsentative Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) aus den Jahren 1992, 1996, 2000, 2006 und 2012 mit insgesamt 14.459 Befragten. Die Einstellungen der Befragten zum Schwangerschaftsabbruch wurde in drei unterschiedliche Gruppen unterteilt: 1) solche, die den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch ungeachtet der Gründe der betroffenen Frauen unterstützen 2) solche, die den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch unterstützen, wenn der Schwangerschaftsabbruch mit einem mütterlichen oder fetalen Gesundheitsrisiko begründet wird, nicht aber, wenn er aus sozioökonomischen Gründen durchgeführt wird. Und 3) solche, die den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch generell nicht unterstützen.

Die Größe der jeweiligen Untergruppen, die eine teilweise oder gänzliche Einschränkung des Zugangs zum Schwangerschaftsabbruch befürworteten, war im Laufe des untersuchten Studienzeitraums in allen Regionen angestiegen. Das aus Sicht des Lebensschutzes Ungeborener erfreuliche Ergebnis führt die Forscher, die den Schwangerschaftsabbruch als Gesundheitsversorgung sehen, jedoch zu einer anderen Schlussfolgerung. Sie befürchten eine Stigmatisierung von Frauen, wenn die allgemeine Akzeptanz zur Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen sinkt. So lautet ihre Forderung: Mehr politische Maßnahmen und die Integration von Schwangerschaftsabbrüchen in die reguläre Gesundheitsversorgung. Sie bekennen sich in der Schlussbemerkung dazu, dass Abtreibung ein Frauenrecht sei und zur Frauengesundheit beitrage, wobei wohl eher das Gegenteil zutrifft, was auch eine Studie von Gesundheitsminister Jens Spahn derzeit prüft.

* Franz Hanschmidt (u.a.): The Change in Attitudes Towards Abortion in Former West and East Germany After Reunification: A Latent Class Analysis and Implications for Abortion Access, in: Geburtshilfe Frauenheilkunde 2020; 80(01): 84-94

IMPRESSUM